

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 6 (1926-1927)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Der Beitritt zur Internationale  
**Autor:** Grimm, Robert  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329413>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

L 56 e

(N 11 e)

# Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

1. HEFT

SEPTEMBER 1926

VI. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

## Der Beitritt zur Internationale.

Von Robert Grimm.

I.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz gehört zurzeit keiner internationalen sozialistischen Organisation an. Diese Tatsache könnte leicht als ein Mangel an internationalem Verständnis gedeutet werden, wiewohl nichts irriger wäre, als eine solche Auslegung. Unsere Partei hat sich in ihrer großen Mehrheit stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Form, das äußere Gewand einer Organisation das Nebensächliche, ihr Inhalt, ihre Ziele und die Methoden, mit denen sie ihre Ziele zu erreichen sucht, das Wesentliche sind.

Aus diesem Grunde stellte sich die schweizerische Sozialdemokratie entschlossen auf die Seite der im Herbst 1915 in Fluß gekommenen Zimmerwalder Bewegung. Der Form nach war Zimmerwald keine Internationale. Neben einigen Landesparteien gehörten ihr viele Gruppen und Grüppchen an, die nur geringe Minderheiten bestehender Landesparteien darstellten. Das traf insbesondere für Deutschland, Frankreich und England zu. Trotz der mangelhaften Organisationsform ging von Zimmerwald und Kiental ein kräftiger Impuls aus. Die dort beschlossenen Manifeste und Resolutionen fanden in einer Reihe der kriegsführenden Länder einen starken Widerhall, während die zweite Internationale zur Ohnmacht und völligen Einflußlosigkeit verurteilt war. Zimmerwald kam die Aufgabe zu, Erwecker und Warner zu sein in einer Zeit bedauerlichen Niedergangs des internationalen Denkens und der Preisgabe sozialistischer Grundsätze. Vor allem galt es, das in die Brüche gegangene Vertrauen wieder herzustellen und zu zeigen, daß auch im Kriege eine internationale proletarische Aktion möglich sei, sobald die internationale Solidarität der Arbeiterklasse über die nationale Solidarität mit der Bourgeoisie gestellt würde.

Diese Aufgabe hat Zimmerwald in vollem Maße erfüllt. Wenn 1917 die Liquidation dieser Bewegung beschlossen wurde, so lag das an den Auswirkungen der russischen Revolution und am Einfluß, den die Bolschewiki in der Zimmerwalder Bewegung ausübten. Umgeben



vom Glanz der siegreichen Revolution, deren Führung unstreitig in den Händen der russischen Arbeiterklasse lag, obgleich die russische Revolution ihrem Inhalte nach den Charakter einer zum modernen bürgerlichen Staat überleitenden Bauernbefreiung trug, glaubten die bolschewistischen Führer eine neue, revolutionäre Internationale der proletarischen Aktion aus dem Boden stampfen zu können. Dieser verhängnisvolle, von den bekannten diktatorischen Schablonisierungsmethoden begleitete Irrtum entsprang der ebenso verhängnisvollen Einschätzung der internationalen Lage. Schon in Zimmerwald und Kieral vertraten die bolschewistischen Teilnehmer die Auffassung, daß Zentral- und Westeuropa infolge der durch den Krieg mächtig geförderten Konzentrationstendenzen unmittelbar vor der sozialen Revolution ständen. Sie hielten an dieser Auffassung bis vor wenigen Jahren fest; die Arbeiter bezahlten diese eine völlige Verkennung der gesellschaftlichen Tatsachen verratende Lehre in den Kommunisten-Putschen in Deutschland, in Ungarn, in der Tschechoslowakei mit ihrem Herzblut.

Nach der Liquidation der Zimmerwalder Bewegung beschäftigte die sozialdemokratische Partei der Schweiz den Eintritt in die sogenannte Dritte Internationale. 1919 in Basel unter Tumult beschlossen, lehnte ihn die Partei in einer Urabstimmung ab. Ein späterer Versuch, den Beitritt unter gewissen, fest umrissenen Voraussetzungen zu vollziehen, scheiterte an den von Moskau aus aufgestellten 21 Bedingungen. Moskau hatte vergessen, daß in Organisationsfragen die Ueberzeugung und das gegenseitige Vertrauen, nicht das militärische Kommando und die Hierarchie die Grundlage bilden müssen.

Der Entscheid des Berner Parteitages 1920, der die 21 Bedingungen wuchtig zurückwies, führte einerseits zur Abspaltung der sogenannten Kommunisten, anderseits zur Aufnahme von neuen internationalen Beziehungen, die auf die Gründung der Wiener internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft hinausliefen.

Der Wiener Arbeitsgemeinschaft, oder der „Internationale 2<sup>1/2</sup>“ wie sie spöttisch genannt wurde, war keine lange Lebensdauer beschieden. Das lag weder an ihren Grundsätzen noch an ihrem Programm. Beides: Grundsätze und Programm haben sich bis heute glänzend bewährt, so glänzend, daß sowohl die Londoner als die Moskauer Internationale, durch die Logik der Tatsachen gezwungen, sich immer mehr den in Wien aufgestellten Richtlinien nähern. Wenn die Wiener Arbeitsgemeinschaft als Organisation sich auf die Dauer nicht halten konnte und nur ihre Grundsätze und ihr Programm sich bewährten, so liegt die Erklärung in dem deutsch-französischen Gegensatz, der bis spät in die Nachkriegszeit hinein im sozialistischen Lager bestand.

Der Wiener Arbeitsgemeinschaft gehörten unter anderen die sozialistische Partei Frankreichs und unabhängige sozialistische Partei Deutschlands an. Die Unabhängigen Deutschlands bildeten eine Minder-

heit, deren Einfluß auf die deutschen Arbeiter noch geringer wurde, als diespartazistische Bewegung zur Gründung einer Kommunistischen Partei führte. Die alte sozialdemokratische Partei Deutschlands war in der nach dem Kriege zu einem Schattendasein erweckten Londoner Internationale verblieben.

Nach dem tiefen Riß, der durch den Krieg in den internationalen sozialistischen Reihen entstanden war, nach der Spaltung zwischen der alten Partei und den Unabhängigen in Deutschland und nachdem die sozialistische Partei Frankreichs ihren Austritt aus der Londoner Internationale vollzogen hatte, glaubten die Franzosen, durch den Beitritt zur Wiener Arbeitsgemeinschaft die wünschbare internationale Verbindung und die durch die neu aufgetauchten Reparationsprobleme bedingte Verständigung mit dem revolutionären Teil der deutschen Arbeiterklasse zu finden. Für die französische Partei war diese Erwägung vielleicht ausschlaggebender als die Richtlinien der Wiener Arbeitsgemeinschaft, an denen ein großer Teil der Franzosen wenig gefallen fand.

Durch die französischen Pläne machte die deutsche Inflation einen dicken Strich. Die Unabhängigen Deutschlands mußten ihren Parteiapparat vollständig neu aufbauen. Ihre organisatorischen Stützpunkte waren verhältnismäßig klein. Die meisten Zeitungen, Druckereien, Verwaltungsgebäude usw. verblieben im Besitz der alten Partei. Als die Inflation wie ein verheerender Deichbruch über das Land kam, entschwand den Unabhängigen der materielle Nährboden, aus dem sie bisher ihre Kräfte zur Aufrechterhaltung der Parteiorganisation zogen. Aus dieser Situation, nicht aus ideellen Gründen, erwuchs das Bedürfnis zur Verschmelzung der beiden deutschen Parteien. Nach außen wollte und konnte man politisch die wirkliche, zur Verschmelzung drängende Triebkraft nicht eingestehen, hinter den Kulissen bestand auf beiden Seiten kein Zweifel über die wahren Motive.

Organisatorisch ergab sich aus dieser Sachlage für die Wiener Arbeitsgemeinschaft ein unhaltbarer Zustand. Der rechte Flügel der deutschen Sozialdemokratie gehörte jetzt zu der Londoner Internationale, der linke Flügel dagegen zur Wiener Arbeitsgemeinschaft. Eine auf der Grundlage freiwilliger Disziplin aufgebaute Partei kann selbstverständlich auf die Dauer nicht zwei internationalen Organisationen angehören, die durch gegensätzliche programmatische Auffassungen getrennt sind und eben darum in Kampfstellung zu einander stehen. So drängte sich so oder anders eine Lösung auf. Ein Austritt der vereinigten deutschen Partei aus der Londoner Internationale und ihr Uebertritt zur Wiener Arbeitsgemeinschaft war angesichts des Kräfteverhältnisses beider Richtungen nicht denkbar. Der Einfluß der Unabhängigen sank mit der Verschmelzung noch mehr, die große Mehrheit der vereinigten deutschen Partei war erfüllt vom Demokratensimmel, der sogar dem deutschen Kronprinzen die Rückkehr nach der deutschen Republik ermöglichte.

Mit der Verschmelzung in Deutschland standen auch die Franzosen vor einer neuen Lage. Blieben sie in der Wiener Arbeitsgemein-

schaft, so hatten sie keine Verbindung mit den Deutschen mehr. Unter dem Gesichtswinkel der Reparationsfrage aber war diese Verbindung gerade jetzt eine dringende politische Notwendigkeit. Das ist freilich nur die halbe Wahrheit. Ein anderes kam hinzu. Unter den Auswirkungen der Moskauer Spaltungs- und Kampfmethoden wurde die französische Partei nach rechts gedrängt. Parteiführer wie Renaudel, Paul Boncour und andere gewannen Oberwasser. Der Völkerbund stand in seinem ersten Zauber. Der beim Kriegsausbruch zwischen den französischen und den deutschen Sozialisten entstandene Gegensatz wurde deutscherseits durch eine pfiffige Erklärung über die Schuld am Kriege zurückgedrängt, und da die Deutschen nunmehr ebenso unentwegte Demokraten waren, wie der die französische sozialistische Politik beherrschende rechte Flügel, stand der Weg zur Verständigung auf internationaler Grundlage offen.

Dieser Weg führte nach Hamburg. Das deutsche Beispiel fand dort Nachahmung. Formell wurden die Londoner Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft miteinander vereinigt; in Tat und Wahrheit war es ein Aufgehen der Wiener Arbeitsgemeinschaft in der Londoner Internationale.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz hatte nach Hamburg ebenfalls eine Delegation entsandt. Zu irgendwelchen Erklärungen war die Delegation nicht ermächtigt. Sie hatte mehr den Charakter eines Beobachtungspostens, der einem späteren Parteitag Bericht erstatten sollte. Dazu kam es dann allerdings nicht. Der Parteitag fand die Hamburger Internationale so wenig interessant, daß er den Bericht ohne viel Aufhebens von der Tagesordnung absetzte. Bei dieser Absetzung ist es seither geblieben. Gelegentliche Versuche, die Frage des Beitritts wieder in Fluß zu bringen, verliefen resultatlos und erst der diesjährige Parteitag soll nun Stellung beziehen.

Welches wird diese Stellung sein?

Eine zutreffende Antwort wird erst möglich, wenn man die Motive würdigt, die der mehr als kühlen Aufnahme der Hamburger Beschlüsse in der schweizerischen Sozialdemokratie zugrunde liegen.

Hamburg war für die große Parteimehrheit kein Wendepunkt, es war der Abschluß einer logischen Entwicklung, deren Zusammenhänge heute besser erkennbar sind, als vor ein paar Jahren. Nach Kriegsschluß beherrschten zwei Haupttatsachen das internationale Leben des Proletariats: Erstens die russische Revolution, zweitens die Heranziehung sozialistischer Parteien zur Regierungsbildung und im Zusammenhang damit die Mitarbeit am Völkerbund.

Die russische Revolution begeisterte die Arbeiterklasse aller Länder. Die Revolution selbst fand Anerkennung und Unterstützung auch der rechtsstehenden Sozialisten. Auf dem linken Flügel befreundete man sich mit den Methoden der russischen Revolution, wenn auch die wahllose Uebertragung, wie sie Zinovieff und andere bolschewistische Häupter forderten, abgelehnt wurde. Der erste Flitterrausch ver schwand, als von Moskau her die Spaltungssparole kam. Die Er-

nüchterung nahm zu, als sich für viele Blinde der alte marxistische Lehrsatz in der Praxis bestätigte, daß zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Kampfwille allein niemals genügt, wenn nicht gleichzeitig die objektiven Bedingungen für die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung gegeben sind.

Diese Binsenwahrheit offenbarte sich besonders scharf in den schon erwähnten kommunistischen Bewegungen in Deutschland, Ungarn und der Tschechoslowakei. In Rußland selbst entstand aus der gründlichen Verkennung der internationalen Lage eine Diktatur, die auch dann jegliche Opposition erwürgte, als die außenpolitische Situation der Arbeiter- und Bauernrepublik das Recht der freien Meinungsäußerung geradezu erheischte, nicht nur erlaubt hätte. In den andern Ländern nahm die kommunistische Bewegung Formen an, die notwendig zu einer rapiden Verminderung der Sympathien zugunsten des Kommunismus und seiner Methoden führen mußten. Das große moralische Kapital, mit dem die russische Revolution die Kommunisten ausgestattet hatte, ward rasch vertan und konnte seither nicht wieder erworben werden.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging eine andere. Nicht nur der Verlauf der kommunistischen Bewegung hatte die Arbeiterklasse ernüchtert. Die Ernüchterung kam auch von der kapitalistischen Seite her. Nachdem die letzten Stürme des Krieges verrauscht waren, zeigte die Bourgeoisie wieder ihre Klauen. Der Friede fiel wesentlich anders aus, als wie er während des Krieges besonders in den Ländern der Entente versprochen worden war. Vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen keine Spur. Der erste sogenannte Friedensvertrag trug schon den Stempel der Lüge auf sich. Nicht einmal die armeneligen 14 Forderungen Wilsons fanden Gehör. Es kam zu einem Macht- und Raubfrieden, wie ihn die Geschichte — nur in kleinerem Ausmaß — nach jedem Kriege aufweist. Der Völkerbund erhielt ein Gesicht, das der Sicherung durch gegenseitige Verständigung erlangten Raubgutes verteuftelt ähnlich sieht.

Die bisher im Glauben an die Ehrlichkeit ihre Versprechungen am Gängelbände der Bourgeoisie hängende Arbeiterklasse erwachte wie aus einem bösen Traum. Sie begann sich auf sich selbst zu besinnen. Wirkungsvoller noch, als der ungeheure Betrug, dem sie seitens der Bourgeoisie der kriegführenden Länder ausgesetzt war, äußerte sich die anhebende schleichende Wirtschaftskrise, die nach dem Krieg einsetzte. Die Arbeitslosigkeit wuchs, die Steuererhebung stieg. Alte Absatzgebiete waren infolge der Verarmung nicht mehr aufnahmefähig oder blieben teils infolge der erwachenden nationalen Industrie, teils infolge neuer außenpolitischer Konstellationen verschlossen. Die Wirtschaft Europas vor dem Abgrund — das war jetzt die Erkenntnis weiter Bevölkerungskreise, nicht nur eines selbstgefälligen Schwäzers wie Spengler.

In dieser Lage, wo nationale Maßnahmen wenig versprachen, internationale Verständigung alles zu verheißen schien, mußte der Gedanke einer internationalen Einigung des Weltproletariats auf

fruchtbaren Boden fallen. Der Gedanke wurde allumfassend zur Diskussion gestellt auf jener Berliner Konferenz zwischen der Londoner, der Moskauer Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Der Versuch scheiterte, die Kommunisten hatten ihren Gegnern ein neues Argument in die Hand gegeben und in abermaliger Verkennung der wirklichen Verhältnisse durch ihr Verhalten die Arbeiterbewegung Europas noch mehr nach rechts gedrängt.

Der Hamburger Kongreß, der die Verschmelzung der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft herbeiführte, stand unter dem Eindruck der gescheiterten Verhandlungen mit Moskau. Zugleich war er Ausdruck einer unverkennbaren Rechtsentwicklung. In Rußland hatten die kommunistischen Methoden zur Erwürgung der politischen Freiheit geführt, im Auslande war durch die Spaltungstendenzen und durch die sinnlosen Putschversuche ungeheurer Schaden angerichtet worden. Kein Wunder, daß in Hamburg die innern Gegensätze in den Hintergrund traten und der Kongreß seinen Charakter durch die internationale Einigung gegen den internationalen Kommunismus erhielt.

Internationale Einigung gegen den Kommunismus mußte in jener Situation unvermeidlich das wahllose Bekenntnis zu ausschließlich demokratischen Kampfmethoden, zur Ablehnung der proletarischen Diktatur in jedem Falle, zum friedlichen Aufstieg des Proletariats bedeuten. Nicht nur die kommunistischen Mißerfolge, nicht nur das Schicksal der italienischen Arbeiterklasse waren hier bestimmend. Am Kongreß nahmen leibhaftige und werdende sozialistische Minister teil — scheinbar ein untrügliches Anzeichen der heraufziehenden Morgenröte. Dazu kam, daß die Arbeiten des Hamburger Kongresses durch keine unliebsame Opposition vor der breiten Front der Öffentlichkeit getrübt wurden. Gab es in den Kommissionen hin und wieder leichte Zusammenstöße, so blieb das Bild der Einheit und der Einigkeit ebenso gewahrt wie in der weiland zweiten Internationale.

Indes, der Fehler des Hamburger Kongresses lag weniger an diesen Aeußerlichkeiten, an seinem kritiklosen Bekenntnis zu der Demokratie a tout prix. Sein wesentlichstes Uebel war, daß er die internationale Lage und ihre Entwicklung nach der anderen Seite ebenso sehr verkannte, wie die Kommunisten. Von der momentan gegebenen internationalen Lage ausgehend, glaubte der Hamburger Kongreß die künftige Entwicklungslinie festlegen und die taktischen Methoden ein für allemal bestimmen zu können. Wähten die Kommunisten die Voraussetzungen für die soziale Revolution vorhanden, weil ihnen ein verlorener Krieg in Rußland die Durchführung der Revolution ermöglichte, so glaubte der Hamburger Kongreß das Vorhandensein der Voraussetzungen des friedlichen, mit demokratisch-pazifistischen Mitteln zu vollziehenden Aufstiegs des Proletariats, weil nach der Revolution die diktatorisch-gewaltsamen Methoden der Kommunisten in Rußland wie in den andern Ländern versagt hatten.

Indem sich der Hamburger Kongreß auf diesen Boden stellte, verwarf er stillschweigend die Grundsätze und

das Programm der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Diese hatte jede Schablonisierung der Kampfmethoden abgelehnt. Von der marxistischen Auffassung des Klassenkampfes und seiner Ziele ausgehend, überließ sie jedem Land die Freiheit in der Wahl der Kampfmethoden, die seinen politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen entspringen, während die beiden anderen Internationalen sich bisher auf die eine oder andere Methode festlegten. Durch ihre Stellungnahme wollte die Wiener Arbeitsgemeinschaft die Liquidation der in ihren Konsequenzen ebenso schädlichen Burgfriedenspolitik als die bolschewistische Politik, und die sozialistischen Parteien als Kampfparteien auf ihren Mutterboden, auf dem sie allein siegreich sein können, zurückführen.

Das Programm der Wiener Arbeitsgemeinschaft entspricht in seinen Grundlinien samt und sonders dem Programm der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Der Beitritt der schweizerischen Sozialdemokratie zur Hamburger Internationale hätte damals nichts anderes als die Preisgabe ihres noch heute geltenden Programms und die Verleugnung des schönsten Teils ihrer geschichtlichen Vergangenheit bedeutet. Diese Tragweite spürte der Großteil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Schweiz heraus, darum lehnte er es durch seine Delegierten am Parteitag ab, auf die Frage überhaupt einzutreten.

Wie liegen nun heute die Verhältnisse?

Selbstverständlich könnte auch jetzt die Haltung des Parteitages keine andere sein, wenn die Sachlage dieselbe wäre, wie zur Zeit des Hamburger Kongresses. Die Frage ist also, ob seither so wesentliche Veränderungen eingetreten sind, die eine veränderte Haltung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Hamburger Internationale rechtfertigen.

## II.

Würde es sich nur um Statuten, Programm und Kongreßbeschlüsse handeln, wäre die soeben aufgeworfene Frage mit aller Entschiedenheit zu verneinen. Der Marseiller Kongreß so wenig als die Beschlüsse der Exekutivbehörden führten gegenüber Hamburg wesentliche Änderungen herbei. Auch die Verlegung des Sekretariats von London nach Zürich vermöchte eine veränderte Haltung der schweizerischen Partei nicht begründen.

Haben die in Hamburg vereinbarten Richtlinien eine wesentliche Änderung nicht erfahren, so ist unstreitig die Politik maßgebender Landesparteien, die der Hamburger Internationale angehören, eine andere geworden. Und darauf kommt es an. Die Internationale, ihre Ziele und ihre Politik können nicht einfach durch einen Kongreßbeschuß festgelegt werden. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß ohne eine Änderung der nationalen Politik der der Internationale angeschlossenen Parteien, auch diese selbst nicht aktionsfähig werden

kann. Die Politik der Internationalen ist die Resultante der Politik der nationalen Parteien. Wenn man die Hamburger Internationale und ihre Aussichten beurteilen will, muß man die Politik der ihr angeschlossenen und in ihr einflußreichen Parteien verfolgen.

In dieser Beziehung bietet die Gegenwart ein erheblich anderes Bild als zur Zeit des Hamburger Kongresses.

Wir haben bereits auf den Grundirrtum des Hamburger Kongresses hingewiesen, auf seine Annahme, daß mit dem wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse die demokratisch-pazifistischen Methoden immer sicherer zum Erfolg und schließlich zur völligen Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft führen würden.

Die Praxis hat diesen Irrtum in wenigen Jahren schon wesentlich korrigiert.

In England, das sowohl durch die große Arbeiterpartei als durch die Unabhängige Arbeiterpartei, in der der wissenschaftliche Sozialismus immer mehr eine Heimstätte findet, die demokratisch-pazifistischen Methoden stets verteidigte und die proletarische Diktatur ablehnte, erlangte das Proletariat durch das Mittel der allgemeinen Wahlrechtes die politische Macht. Das Kabinett Macdonald blieb jedoch eine vorübergehende Erscheinung. Als Minderheitsregierung konnte es keine sozialistische Politik treiben und als es international einige Probleme so gelöst hatte, daß der Lösung auch die Bourgeoisie zustimmen konnte, stolperte es über einer Kleinigkeit. Doch nicht dieses Scheitern Macdonalds Politik ist das Wesentliche. Wichtiger ist der grandiose Generalstreik der angeblich auf nur demokratische Methoden eingeschwornen englischen Arbeiterklasse. Wichtiger der Monate dauernde Bergarbeiterstreik, der trotz allen Entbehrungen und Verfolgungen mit einer bewunderungswürdigen Zähigkeit durchgeführt wird. Man rühmt der britischen Arbeiterklasse nach, daß sie eminent praktisch und theoretischen Erwägungen abhold sei. Nun wohl, diese Praktiker haben die Hamburger Auffassungen in ihrem Sinne interpretiert und ihnen eine Auslegung gegeben, an der selbst die Bolschewisten ihre Freude haben.

Frankreich stand in Hamburg noch stark auf dem Boden der Burgfriedenspolitik. Ministerportefeuilles winkten und die Namen allfällig kommender Männer waren kein Geheimnis. Auch in Frankreich siegte die Logik der Tatsachen. Wer Verständnis für die Schwierigkeiten politischer Situationen hat, wird der sozialistischen Partei Frankreichs die Anerkennung nicht versagen, daß sie mit glänzendem Geschick über all die Fährlichkeiten und Lockungen hinweg gekommen ist. Aber diesem Geschick lag mehr als nur taktisches Klügeln zugrunde. Nachdem die erste Reaktion der kommunistischen Spaltung überwunden war, drang die theoretische Klärung durch und ihr, nicht der Angst vor den Kommunisten, ist es zuzuschreiben, daß die französische Partei vor dem Schicksal der deutschen Sozialdemokratie bewahrt wurde.

Belgien wies aus begreiflichen Gründen während der ganzen Dauer des Krieges wohl die geschlossenste Partei der kriegführenden

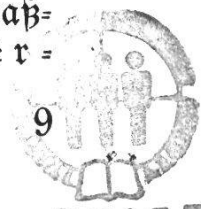
Länder auf. War Vandervelde schon zur Kriegszeit Minister, so prägte die Nachkriegszeit den sozialistischen Ministerialismus Belgiens noch schärfer. Dabei ging von Belgien der heftigste Widerstand gegen die bolschewistischen Methoden und gegen die proletarische Diktatur aus. Und heute? Jetzt hat zwar Belgien keine proletarische Diktatur, die belgische Arbeiterpartei hat ihren Widerstand gegen die proletarische Diktatur nicht aufgegeben, dafür aber hat nun Belgien eine mit williger Hilfe der sozialistischen Arbeiterpartei eingeführte und von ihr ausdrücklich gebilligte königliche Diktatur. Wir werden nur noch auf die demokratisch-sozialistische Begründung dieser Diktatur zu warten haben. Was aber lehrt das belgische Beispiel? Es lehrt, daß mit starren Formeln über taktische Wege und Kampfmittel nicht auszukommen ist und daß, wer als Sozialist sein Einverständnis mit einer königlichen Diktatur kundgibt, einer proletarischen Regierung zum mindesten das Recht zur proletarischen Diktatur nicht absprechen sollte.

In Schweden war die Politik Brantings stets auf eine Linksbloßbereitschaft eingestellt. Heute gehören auch in diesem Lande die sozialistischen Ministerien der Vergangenheit an.

Nicht anders steht es in der Tschechoslowakei. Auch dort hat der sozialistische Ministerialismus versagt und erst mit seinem Verfall gewann die tschechische Sozialdemokratie ihre Freiheit der Aktion wieder zurück.

Kein Zweifel, daß in Deutschland innerhalb der vereinigten sozialdemokratischen Partei noch eine starke Neigung zur Burgfriedenspolitik und zum Ministerialismus besteht. Du mein, wenn man so lange Jahrzehnte ohne politische Rechte war, möchte man sich ihrer doch ganz bedienen, sobald man sie einmal hat! Erfreulicherweise wächst aber gestützt auf die Erfahrungen der sozialistischen Regierungsbeteiligung auch in Deutschland die Opposition und die Entwicklung dürfte heute eher in der Richtung einer bürgerlichen Einigung, als in der Richtung eines neuen Linksbloßs gehen.

Dieser kurze Ueberblick mag für unsern Zweck einstweilen genügen. Die gegebenen Hinweise besagen selbstverständlich nicht, daß heute schon alle Parteien der Hamburger Internationale den Weg zum proletarischen Klassenkampf und zur revolutionären Auffassung der Weltlage zurückgefunden hätten. Das dürfte man in so kurzer Zeit auch nicht erwarten. Der Läuterungsprozeß vollzieht sich nur langsam und er wird noch reichlich Zeit beanspruchen. Für die Beantwortung der uns beschäftigenden Frage ist es aber auch nicht von Belang, ob diese oder jene Partei oder die Hamburger Internationale selbst durch feierlich gefaßte Beschlüsse die Wendung ihrer Politik kundtun oder nicht. Die Praxis des Lebens, des täglichen Kampfes ist viel wichtiger als derartige Beschlüsse, die ohne praktische Auswirkung bedeutungslos und irreführend bleiben. Die Praxis des Lebens und des täglichen Kampfes aber deutet nicht nur auf eine Wandlung in der nationalen Politik der in der Hamburger Internationale maßgebenden Parteien hin. Schon liegen, wenn wir an den Völkern-



b u n d denken, internationale Auswirkungen vor. Jener Beschluß des französischen Parteivorstandes, wonach ein Sozialist — gemeint war Paul Boncour — sich nicht dazu hergeben dürfe, in Genf die Politik einer bürgerlichen Regierung zu vertreten, ist gerade deshalb von großer Bedeutung, weil er als Unterlage die Erfahrungen der französischen Völkerbundspolitik hat. In Frankreich waren die Hoffnung und der Glaube an den Völkerbund stärker als in irgendeinem anderen Lande. Und wenn man in Frankreich, wo die sozialistische Partei einen eigenen Regierungsvertreter nach Genf stellen konnte, so rasch zur Ernüchterung kam, wird zweifellos auch in anderen Ländern die Abkühlung eintreten — sogar vielleicht bei unsern wenigen parteigenösslichen Völkerbundsfreunden in der Schweiz.

Daß die erfreuliche Wandlung innerhalb der nationalen Parteien auch auf die Internationale selbst rückwirken muß, darüber dürften Zweifel unter Sozialisten kaum bestehen. Die Entwicklung geht auch hier von unten nach oben, und was sich innerhalb der nationalen Parteien durchsetzt, wird notwendigerweise die Politik der Internationale beeinflussen.

Dieser Umschwung dürfte eine weitere Förderung durch die Entwicklung des internationalen Kapitals erfahren. Schon jetzt ist die politische Wandlung der sozialistischen Parteien — Frankreich und England zeigen das in aller Schärfe — der Ausdruck der veränderten ökonomischen Verhältnisse in den betreffenden Ländern. Die kapitalistische Reaktion wächst mit der zunehmenden Konzentration des Kapitals. Heute nimmt diese Konzentration und diese Reaktion je länger je mehr einen internationalen Charakter an. Schon zeichnen sich in ihren Umrissen gewaltige internationale Wirtschaftsorganisationen von gigantischer Größe, und zwar auf den wichtigsten Gebieten der Rohstoff- und Schwerindustrie. Diese internationalen Machtgebilde werden die Klassengegensätze in unerhörtem Maße international verschärfen und die Arbeiterklassen von Land zu Land einander näher bringen. In dieser Perspektive wird die Burgfriedenspolitik stets unwahrscheinlicher und aussichtsloser, der selbständige, international verbundene Kampf des Weltproletariats immer notwendiger.

Die Entwicklung geht aber nicht nur von rechts nach links, wie es die angeführten Beispiele zeigen. Die Entwicklung geht auch von links — um in diesem Zusammenhange der Abgrenzung halber einen falschen Ausdruck zu wählen — nach rechts. In Rußland vollziehen sich rascher als viele glaubten entscheidende Umwälzungen. Die nationale Politik Sowjetrußlands hat mit Kommunismus schon längst nichts mehr gemein. International suchten die Russen das kommunistische Prestige zu wahren, und sie glaubten das um so besser zu tun, je wilder sie sich in Manifesten und Resolutionen gebärdeten. Heute ist auch dieses Mäntelchen gefallen. Zinovieff und sein Anhang sind kaltgestellt, die Dritte Internationale einer innern Umwandlung unterworfen, die sich um so gründlicher durchsetzen wird, je stärker die realpolitischen Notwendigkeiten im innern Rußlands werden.

Wäre es auch heute verfrüht, über die Möglichkeiten einer Vereinigung der Hamburger und der Moskauer Internationale zu diskutieren, so wäre es nicht minder verfehlt, die Möglichkeiten selbst zu ignorieren. Nach unserer tiefen Ueberzeugung wird der Tag des Zusammenschlusses beider Internationalen kommen, nicht weil die einen oder andern Personen ihn herbeisehnen, wohl aber aus dem Grunde, weil die geschichtliche Entwicklung zwangsläufig auf diese Vereinigung hinarbeitet und ihre Voraussetzungen schafft.

Ungeachtet der geschilderten Entwicklung von rechts nach links und von links nach rechts, einer Entwicklung, die eminent praktischer Natur ist, muß sich die sozialdemokratische Partei der Schweiz über ihre Stellung zur Hamburger Internationale klar werden. Die objektive Betrachtung zeigt, daß die Verhältnisse nicht mehr so liegen, wie zur Zeit des Hamburger Kongresses. Damals hätte der Beitritt zur Hamburger Internationale das Bekenntnis zur Rechtschwenkung und die Preisgabe des bisherigen Programms und seiner Grundsätze bedeutet, die Verleugnung alles dessen, was unsere Partei seit einem Jahrzehnt auf dem Gebiet der internationalen Verständigung anstrebte. Heute bedeutet der Beitritt zur Hamburger Internationale — eine Verbindung mit Moskau steht außerhalb jeder Diskussion — die Mitwirkung an der Herstellung einer wirklichen, aus dem Kampf der nationalen Parteien hervorgehenden und aktionsfähigen Internationale, die grundsätzlich in Uebereinstimmung stehen wird mit den Prinzipien und Richtlinien der Wiener Arbeitsgemeinschaft und damit mit den Grundsätzen und Erklärungen des Programms der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Indem heute unsere Partei unter veränderten Verhältnissen bejaht, was sie vor vier Jahren auf Grund der damaligen Situation verneinen mußte, bleibt sie ihrem Programm treu und arbeitet an seiner Verwirklichung auf internationaler Grundlage.

---

## Die imperialistische Politik im Fernen Osten.

Von Ernst Walter.

Le problème du Pacifique, c'est d'abord le faisceau de problèmes techniques le plus important qu'ait eu à dénouer encore aucune conférence: problèmes du pétrole, du coton, de la navigation, des câbles, de la T. S. F., des finances, des ports ouverts et des zones d'influence, défense de nos intérêts au Yunnan, interprétation de l'accord américano-japonais.

André Sardieu am 25. Oktober 1921 in der Französischen Kammer.

Es war im heißen Sommer 1911. An einem Samstagnachmittag besichtigten ein ehemaliger Schulkamerad und ich die innere Ausstattung